

Herrings-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 10

Das Blatt erscheint jeden Sonntag, Preis 10 Pf. pro Nummer, Abnahme und Expedition: Hamburg 21, Große Freiheit 107, Post Nr. 1274.

Hamburg, den 8. März 1919

Rezipienten bitten die Postgebühren dem Herausgeber oder deren Kasse 50 Pf. Der Beitrag ist stets vorher einzuführen. Verbandsangelegenheiten kosten 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

Sozialisierung der Betriebe.

Die November-Revolution in Deutschland war zunächst eine militärische Umwälzung und sprang dann auf das politische Gebiet über, wo sie die Throne der bisherigen Herrscher umstürzte und der Demokratie die Bahn freimachte. Die Veränderungen, die sich auf diesen beiden Gebieten vollzogen haben, fallen auch dem oberflächlichsten Beobachter in die Augen, und Freunde und Gegner der revolutionären Bewegung sind sich darin einig, daß das alte System gestürzt und daß ein neues System eingeführt worden ist. Auseinandergehen sie dagegen in ihren Wünschen für die Zukunft, die einen sehen sich nach der Wiederherstellung der alten, beseitigten Zustände, die anderen sind gewillt, die Demokratisierung in Staat und Gemeinde noch viel gründlicher durchzuführen, als dies bislang geschehen konnte, und den alten Unrat der Bevormundung und Entwürdigung der Massen mit eisernem Wesen auszufegen und mit dem Schutt der Vergangenheit endgültig aufzukümmern.

Neben der Umwälzung auf politischem und politischem Gebiete erstreckt der demokratische Sozialismus auch eine Umgestaltung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wobei er sich der Aufgabe bewußt ist, daß sich diese Umgestaltung, wenn sie von Dauer sein und zum Heile des gesamten deutschen Volkes ausschlagen soll, nur das Ergebnis einer intensiven, planmäßigen Organisationsarbeit sein kann, die nur geleistet werden kann von Menschen, die Begeisterung, Wagemut und Tatkraft mit Erfahrung, Sachkunde, Menschenkenntnis, Tatkraft und Verantwortlichkeitsgefühl in ihrer Person vereintigen. Vernünftige Sozialisten wissen auch, daß diese Arbeit Geduld und Zeit erfordert und daß die Ergebnisse nicht so sichtbar in die Erscheinung treten wie die militärischen und politischen Umwälzungen. Auch die Stürmer und Dränger werden allmählich lernen müssen, daß man nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen kann, weil unser wirtschaftliches und soziales Leben ein ineinander verwebtes soziales Gebilde ist, das nicht im Handumdrehen durch äußere Eingriffe umgestaltet werden kann, wenn nicht die Nachteile größer sein sollen als die Vorteile, das vielmehr nur durch innere Beeinflussung, durch Überwindung der inneren, feilschen Widerstände, im Sinne des demokratischen Sozialismus von innen heraus neu geregelt werden kann, wobei noch obendrein unsere gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Lage als schweres Hindernis berücksichtigt werden muß. Immerhin ist eine Sozialisierung wichtiger Teile unseres Wirtschaftslebens notwendig und auch möglich.

Unter Sozialisierung verstehen wir die Umwandlung privatrechtlicher Betriebe in Gemeinschaftsbetriebe. Eine soziale Gemeinschaft: Staat, Gemeinde, Genossenschaft oder eine neu zu bildende Arbeitergemeinschaft, soll im Laufe der Zeit, wenn die Verhältnisse hierzu reif sind, die Betriebe übernehmen und zum Heile des gesamten Volkes weiterführen, damit allmählich die bisherige kapitalistische Erwerbswirtschaft in eine sozialistische Bedarfsbedeutungswirtschaft verwandelt wird. Denn das ist das Ziel des Sozialismus, den Bedarf eines jeden Volksgenossen in ausreichendem Maße zu decken unter Ausschaltung privater Erwerbsgriffe und unter Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Diesem Ziele näher zu kommen und es schließlich ganz zu erreichen, ist die große Aufgabe einer sozialistisch organisierten Gesellschaft. Dabei soll der Staat alle jene Betriebe sozialisieren, die allgemeine Bedürfnisse decken, wie zum Beispiel die Bergwerke, die Ausnutzung der Naturkräfte usw.; die Gemeinden sollen Einrichtungen treffen zur Befriedigung besonderer Bedürfnisse (Versorgung der Bevölkerung mit Gas und Elektrizität und andern Lebensbedürfnissen); die Genossenschaften sollen die Herstellung und Verteilung der unentbehrlichen Lebensmittel in die Hand nehmen, und den Arbeitsgemeinschaften fällt die Aufgabe zu, herkömmliche Betriebe zu schaffen, die das Wohl der Beschäftigten fördern und zugleich dem All-

gemeinwohl dienen. Ein Hand-in-Hand-arbeiten und eine gegenseitige Unterstützung aller dieser sozialisierten Betriebe ist natürlich die Voraussetzung einer erfolgreichen Tätigkeit, da nur auf diese Weise die Erträge gesteigert und der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können.

Wie sich diese Sozialisierung im einzelnen vollziehen soll und welche Betriebe dafür geeignet sind, ist eine Frage der Praxis und der Praktiker, die nicht von theoretischen Voraussetzungen aus gelöst werden kann, sondern einer sorgfältigen Prüfung bedarf. Erfreulicherweise teilt auch der bedeutendste deutsche Theoretiker der Sozialdemokratie, Karl Kautsky, diesen Standpunkt, der sich früher die Entwicklung viel einfacher und schneller gedacht hat, wie aus seiner bekannten Broschüre: „Am Tage nach der Revolution“ hervorgeht, der aber nunmehr in klaren Worten erklärt, daß sich die Sozialisierung „nicht im Handumdrehen durchzuführen läßt, sondern nur schrittweise und nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse und Vorbereitung der Neuordnung“. Er steht auch in der Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht das einzige Mittel der Sozialisierung, er warnt vielmehr vor der Schablonisierung durch eine zentralisierte Bürokratie und redet einer vernünftigen Dezentralisation unter selbständigen Leitungen das Wort. Damit ist dem Wahn, daß sich unser Wirtschaftsleben von einer Zentralstelle aus regeln und leiten ließe, wohl endgültig das vernichtende Urteil gesprochen.

Naturngemäß wird die Sozialisierung in der Industrie, zumal in der Großindustrie, ihren Anfang nehmen müssen. Verschiedene großindustrielle Betriebe sind zweifellos bereits heute reif für die Ueberführung in eine Gemeinwirtschaft, sie können schon heute, langsamer oder schneller, je nach Lage der Sache, in staatliche, gemeindliche oder genossenschaftliche Betriebe umgewandelt werden. Es wäre wünschenswert, wenn in irgendeiner Form mit der Sozialisierung baldigst begonnen würde, damit die Arbeitermassen wenigstens einmal den guten Willen der führenden Personen sehen und damit die Gegner der Sozialisierung erkennen, daß es den Sozialisten Ernst ist mit einer vernünftigen, friedlichen Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens. Vor einer Sozialisierung des handwerksmäßigen Kleinbetriebes sowie des Großhandels wird diese Bewegung einstweilen haltmachen müssen, weil hierzu die Vorbedingungen noch nicht gegeben sind, doch erscheint es schon heute dringend wünschenswert, daß die Gemeinden und die Verbrauchersorganisationen die Versorgung der Stadtbewohner mit den notwendigsten Lebensmitteln auf dem Wege der Sozialisierung in die Hand nehmen. Hier liegt ein wahrer Notstand vor, dem durch eine Regelung der Lebensmittellieferung und Lebensmittellieferung abgeholfen werden muß. Es wird dies auch möglich sein, wenn nur der ernste Wille und die erforderliche praktische Hand nicht fehlt. Das Gebiet der Landwirtschaft ist in dieser Hinsicht ein sehr heikles Feld, weil es hier darauf ankommt, die Erträge wesentlich zu steigern. Das wird wohl am besten und zweckmäßigsten dadurch geschehen, daß wir die großen Güter aufteilen und einen tüchtigen, leistungsfähigen Bauernstand schaffen, der die Vorzüge des landwirtschaftlichen Großbetriebes auf genossenschaftlichem Wege für sich nutzbar macht, gleichzeitig aber auch sich seiner sozialen Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit bewußt wird. Daß hier noch viel Arbeit zu leisten ist im Sinne des Sozialismus, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Immerhin muß mit dieser Arbeit begonnen werden, damit endlich einmal die auf eine Sozialisierung gesetzten übertriebenen Hoffnungen als Illusionen erkannt und gleichzeitig die daran geknüpften unbegründeten Befürchtungen beseitigt werden. Es ist vor allen Dingen notwendig, daß die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens als das erkannt wird, was sie in Wirklichkeit ist, als eine durch die Vernunft und die Gerechtigkeit gebotene und von der sozialen Entwicklung geforderte Maßregel, die dem deutschen Volke zum Heile gereichen

und unser deutsches Vaterland wieder gesund machen soll nach all dem Elend des Krieges und der Ungerechtigkeit des Kapitalismus. Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet, der Sozialismus muß die Führung übernehmen — das ist das dringende Gebot der Stunde.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Auf Veranlassung der französischen Gewerkschaftszentrale fand im Anschluß an die internationale sozialistische Konferenz in Bern eine internationale Gewerkschaftskonferenz in der Zeit vom 5. bis 9. Februar statt. Gewerkschaftsvertreter aus Frankreich, Schweiz, Deutschland, Dänemark, Griechenland, Kanada, Großbritannien, Holland und der von der italienischen Landesorganisation in Laiffe des Krieges abgepflichteten Unione di Lavoro nahmen daran teil.

Die Konferenz war keine ordnungsgemäße Tagung des internationalen Gewerkschaftsbundes. Die an ihr teilnehmenden Vertreter waren mit Ausnahme der Schweizer, Franzosen und Italiener auf der internationalen Sozialistenkonferenz anwesend und waren beauftragt, an der internationalen Gewerkschaftskonferenz teilzunehmen, soweit diese nicht Organisationsfragen des internationalen Gewerkschaftsbundes zum Gegenstand ihrer Beratungen machte. In den Vorbesprechungen, die an den Tagen vor der Gewerkschaftskonferenz zwischen den Gewerkschaftsvertretern auf der Sozialistenkonferenz und den Vertretern des schweizerischen Gewerkschaftsbundes stattgefunden hatten, wurde allseitig zum Ausdruck gebracht, daß die Angelegenheiten des internationalen Gewerkschaftsbundes nur von diesem allein beraten und entschieden werden können. Dementsprechend wurde auch in der ersten Sitzung der Gewerkschaftskonferenz der Vorschlag der Franzosen, die Frage der Einberufung des Gewerkschaftsbundes zu beraten, abgelehnt. Die Konferenz setzte aber eine Kommission ein, die über die schnelle Durchführung einer neuen internationalen Gewerkschaftskonferenz, in der über die Wiedererrichtung einer aktionsfähigen Internationale beraten werden kann, eine Sitzung mit den französischen Delegierten suchen sollte. Das Ergebnis der Kommissionsberatungen wurde in einer von Grünwald, Wien, im Auftrage der Kommission verfaßten Resolution niedergelegt. Diese Resolution erklärt, daß der Bestand einer starken internationalen Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder sei und daß daher für die rasche endgültige Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Internationale eingetreten werden müsse. Die Resolution fand die einstimmige Annahme der Konferenz. Wie Oudegeest am Schluß der Konferenz mitteilen konnte, hatten die inzwischen von ihm mit dem Führer der französischen Landesorganisation, Jouhaux, geführten Verhandlungen ein Einvernehmen dahin erzielt, daß die Konferenz des Gewerkschaftsbundes zum Anfang Mai einberufen werden solle.

Die wichtigere Arbeit der Konferenz betraf die Frage eines internationalen Arbeiterschulungsprogramms. Bisher lagen zwei solche vor: Das eine war von den Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Belgiens in einer Konferenz in Leeds 1916 beschlossen, das zweite ist das vom internationalen Gewerkschaftsbund im September 1917 in Bern angenommene Arbeiterschulungsprogramm. Die Unterschiede zwischen den beiden Programmen sind nicht erheblich, und die Gewerkschaftskonferenz machte es zu ihrer Aufgabe, die Differenzen auszugleichen, um zu einem einheitlichen Programm der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu kommen. Die wesentliche Differenz bestand in der Frage der Freizügigkeit. Nachdem Jouhaux (Frankreich) erklärt hatte, daß die Franzosen mit ihrer Forderung des Rechts auf Arbeit auch nichts anderes wollen, als was die Deutschen unter dem Begriff der Freizügigkeit verstehen, war der Ausgleich auf der jetzigen Konferenz in Bern schnell herbeigeführt. Die Konferenz übernahm das Programm des Gewerkschaftsbundes den Abschnitt über die Freizügigkeit, ebenso den über das Koalitionsrecht und die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den heimischen in allen Fragen des Arbeiterrechts. Ebenso wurde das Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern unter 15 Jahren dem Berner Programm entnommen; aber zugleich wurde die Forderung dahin ergänzt, daß die allgemeine Schulpflicht in allen Ländern durchzuführen sei mit dem Ziel, die allgemeine berufliche Bildung vorzubereiten; die höhere wissenschaftliche Bildung müsse allen zugänglich sein. Die Fähigkeiten und Neigungen der jungen Leute dürfen durch ihre materiellen Existenzbedingungen nicht behindert werden.

Sozialpolitisches.

wollen auch in Zukunft von der sozialistischen (parteilich-kommunistischen) Einheitsorganisation nicht wissen, sie sehen ihre Interessenvertretung nicht in Betriebsräten, sondern in ihrer wirklichen alten zentralen Einheitsorganisation, dem Deutschen Bauarbeiterverband. Im Anschluß an diesen Punkt wurden von der Konferenz eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt. So sollen die im Nachdienst und beim Grenzschutz beschäftigten Mitglieder den vollen Beitrag zahlen und voll unterstützungsberechtigt sein. Mit dem Ableben von Kriegsmärtern, die im Bauarbeiterverband an die im Kriegsdienst befindlichen Mitglieder während der ganzen Kriegszeit unentgeltlich verabsolgt wurden und als Vollbeiträge galten, soll am 1. März dieses Jahres Schluß gemacht werden. Zur gleichen Zeit soll die Zahlung von Unterstützung an die Familien eingezogener Mitglieder endgültig eingestellt werden. Bei Verhandlung der Tariffrage stellte sich heraus, daß der Vertrag des Bauarbeiterverbandes Tarifverträge auch in Zukunft für notwendig hält. Wegen der ungenügenden Pauschalität und der noch in voller Gärung und Klärung begriffenen politischen und sozialen Verhältnisse wurden aber von verschiedenen Seiten Bedenken laut, ob es zweckmäßig sei, sich jetzt schon endgültig festzulegen, ob man in diesem Jahre die Neuordnung des gesamten baugewerblichen Tarifwesens anstreben oder die jetzt bestehenden Tarifverträge um ein weiteres Jahr verlängern solle. Beschlossen wurde, daß der Vorstand des Verbandes mit dem Arbeitgeberverband zwecks Abschlußes eines Vertrages für das Tiefbaugewerbe, für das bis jetzt eine allgemeine tarifliche Regelung noch nicht besteht, verhandeln solle. Zum Abschluß der Tariffrage soll ein Verhandlung einberufen werden, der sich auch noch mit andern wichtigen Fragen befassen soll. Ferner sollen in nächster Zeit Bezirkskonferenzen und für die Spezialgruppen der Holzer, Miesler und Stukkateure besondere Reichskonferenzen einberufen werden, auf denen die Bedürfnisse dieser Gruppen behandelt werden sollen.

Verbandstage. Der Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes beruft seine 21. Generalversammlung zum 15. Juni 1919 und folgende Tage nach Bodo in ein. Der Verbandstag wird sich unter anderem auch mit der Frage „Demokratie und Sozialismus im Bergbau“ beschäftigen. — Vom 25. bis 28. Mai hält der Verband der Dachdecker in Frankfurt a. M. seinen 12. Verbandstag ab. Zur Tagesordnung stehen unter anderem die Punkte: Die Gewerkschaften im neuen Deutschland; Stellungnahme zum Reichstaxi; Arbeitslosen- und Krankenunterstützung; Bauarbeiterbeschäftigung und Sozialpolitik; Statutenberatung. — Der Vorstand des Maschinisten- und Heizerverbandes beruft die 13. ordentliche Generalversammlung auf den 8. Juni und die folgende Tage nach Düsseldorf ein. — Die erste ordentliche Verbandsgeneralversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes findet am 28. Mai und folgende Tage in Jena statt.

Angestellte der Gewerkschaften in der verfassunggebenden Nationalversammlung. Soweit zurzeit eine Übersicht möglich ist, sind insgesamt 61 Angestellte der freien Gewerkschaften, 20 Angestellte der christlichen Gewerkschaften und 4 der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine gewählt.

Den freien Gewerkschaften oder deren Institutionen gehören als Angestellte von den Abgeordneten an: 5 Angestellte der Generalkommission, 9 Verbandsvorsitzende, 6 sonstige Verbandsmitglieder und Redakteure, 23 Bezirks- respektive Gauleiter und Angestellte der örtlichen Organisationen, 8 Angestellte der Gewerkschaftskartelle (Gewerkschafts- oder Arbeitersekretäre). Die Angestellten der christlichen Organisationen setzen sich zusammen aus: 1 Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, 5 Verbandsvorsitzenden und Redakteuren und 14 Gewerkschafts-, Arbeiter- und Verbandssekretären. Die in den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen Angestellten bekleiden die Funktionen: 1 Vorsitzender des Verbandes Deutscher Gewerksvereine, 2 Verbandsvorsitzende und 1 Bezirksleiter. Zusammen 75 Abgeordnete.

Arbeiterversicherung.

Eine Verordnung über die Krankenversicherung vom 3. Februar dieses Jahres regelt die Versicherung der in öffentlichen Diensten tätigen Personen. Während bisher alle in Betrieben oder im Dienste des Reiches, eines Bundesstaates, eines Gemeindeverbandes, einer Gemeinde oder eines Versicherungsträgers Beschäftigten versicherungsfrei waren, gilt dies künftig nur noch für Beamte und für auf Lebenszeit oder unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellte Beschäftigte (§ 169 der Reichsversicherungsordnung). Die Befreiung der nur zu einem geringen Teil Arbeitsfähigen von der Versicherung (§ 178 der Reichsversicherungsordnung) wird eingeschränkt auf Invaliden und Invalidenzrentner. Für die Landwirtschaft werden neue Befreiungen von der Versicherungspflicht gemäß § 418 der Reichsversicherungsordnung nicht mehr zugelassen. Ebenfalls für Diensthöfen auf Grund des § 436. Für letztere erlischt die Befreiung mit dem 29. Juni 1919. Der § 518 der Reichsversicherungsordnung (Uebernahme von Arbeitgeberbeiträgen für Erbsparrentenmitglieder an die Rentenkasse) wird aufgehoben. Die Verordnung tritt am 10. Februar dieses Jahres in Kraft (vergleiche „Reichsanzeiger“ Nr. 39).

Eine Revision der Versicherungsordnung enthält die Verordnung vom 5. Februar dieses Jahres, betreffend die Wahl des Vorstandsvorsitzenden bei den Ortskrankenkassen und die Kassenanstellungen. Sie beseitigt die Eingriffe in die Selbstverwaltung der Krankenkassen, die im Jahre 1910 vorgenommen wurden, um der angehenden Herrschaft der Sozialdemokratie einen Riegel vorzuschieben, indem sie bestimmt, daß die Vorstandsmitglieder den Vorständen und keinen Stellvertreter aus ihrer Mitte wählen und daß der Vorstand die aus Mitteln der Kasse bezahlten Angestellten beruft (vergleiche „Reichsanzeiger“ Nr. 38).

Abänderung der Familienunterstützung. Es besteht immer noch Unklarheit darüber, wie lange nach der Entlassung aus dem Heeresdienst noch Familienunterstützung verlangt werden kann. Es sei deshalb ausdrücklich festgestellt, daß den Familien der Mannschaften, die sich noch nach dem 30. September 1918 bei der Gruppe befunden haben und dies durch eine Bescheinigung der für die Entlassung zuständigen Stelle nachweisen, die Familienunterstützung bis zum Tage der Entlassung zu gewähren ist. Vom Tage der Entlassung ab wird dann die familiärlie Unterstützung noch einen Monat hindurch als außerordentliche Unterstützung gewährt. Aber also beispielsweise am 1. Februar entlassen wurde, dessen Familie hat noch für den ganzen Monat Februar Anspruch auf Familienunterstützung. Den Familien, die während des Krieges an der Rückkehr aus dem Ausland infolge feindlicher Maßnahmen verhindert oder vom Feinde verhafteten Personen, wird die Unterstützung bis zum Eintreffen bei der Familie, jedoch nicht über den Zeitpunkt weiter hinaus gewährt, an dem das Eintreffen nach Lage der Verhältnisse möglich war. Auch in diesem Falle wird noch eine Monatsrate der Unterstützung als außerordentliche Unterstützung gewährt. Das wird sich in der Hauptsache auf Angehörige der Handelsmarine beziehen, die bei Ausbruch des Krieges nicht mehr in der Lage waren, in die Heimat zurückzukehren zu können. — Den Familien von Mannschaften, die nach einer Befreiung der zuständigen Behörde als vermisst gelten, wird Familienunterstützung bis zu dem Tage weiter gewährt, von dem ab sie die Versorgungsgebühren oder entsprechende Vorläufe auf diese Gebührensätze erhalten. Eine weitere außerordentliche Unterstützung wird in diesem Falle nicht gewährt.

Verordnung über Einstellung von Militärpersonen in Arbeit. Unter diesem Titel verbietet das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung Arbeitgebern, Militärpersonen ohne ausdrückliche für den Einzelfall auszufällende schriftliche Genehmigung ihrer militärischen Dienstbehörde zur Arbeit anzunehmen. Der Arbeitgeber hat sich darüber zu vergewissern, ob der Arbeitnehmer Militärperson ist und ob die vom Arbeitnehmer vorzulegende schriftliche Genehmigung ordnungsmäßig ausgestellt ist. Eventuell hat der Arbeitgeber nachzuprüfen, ob der vorzulegende militärische Entlassungsschein ordnungsmäßig ausgestellt ist. Arbeitnehmer sind verpflichtet, sich gegenüber dem Arbeitgeber über ihre Militärverhältnisse wahrheitsgemäß auszusprechen. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten und mit Geldstrafe bis zu M 1500 oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Eine vorläufige Landarbeitordnung, die von den Volksbeauftragten erlassen und sofort in Kraft getreten ist, schafft Schutzmaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Arbeiter. Diese Arbeiterkategorie untersteht seit der Revolution den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es handelt sich zunächst um eine vorläufige Regelung, die Schaffung eines Landarbeitersrechts soll späterer Zeit vorbehalten bleiben. Für den Augenblick soll den städtischen Arbeitern zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie durch die Ueberstiebung aufs Land nicht ihre Lebensverhältnisse verschlechtern. Die Abneigung der Industriearbeiter gegen die Landarbeit soll beseitigt werden. Die Arbeiter sollen auf dem Lande dieselben, wenn nicht bessere Lebensmöglichkeiten vorfinden wie in der Stadt. So ordnet die Verordnung die Arbeitszeit dahin an, daß in 4 Monaten des Jahres täglich 8 Stunden, in 4 Monaten 10 Stunden und in weiteren 4 Monaten 11 Stunden gearbeitet werden soll. Ueberstunden müssen besonders vergütet werden. Die Wege von und zur Arbeitsstätte werden in die Arbeitszeit eingerechnet. Während des Sommerhalbjahres müssen täglich mindestens zwei Stunden Ruhepausen gewährt werden. Auch die Lohnfrage wurde geregelt. Der Verlohn soll in der Regel wöchentlich bezahlt werden. Ueber die als Teil der Entlohnung vereinbarten Naturalien sind genaue Bestimmungen in der Verordnung enthalten. Sind Jahresverträge abgeschlossen, so darf die Entlohnung auf die verschiedenen Jahreszeiten nicht unangemessen verteilt werden. Als Vergütung für eine Ueberstunde soll mindestens ein Zehntel des Ortslohnes im Sinne der Reichsversicherungsordnung mit 50 pSt. Zuschlag zugrunde gelegt werden. Bei der Berechnung der Ueberstunden wird auch die Zeit angerechnet, die für Fütterung und Pflege der Tiere aufgewendet wird. In Betrieben, die Arbeiterauschüsse haben, muß nach Anhörung dieser Ausschüsse eine Arbeitsordnung erlassen und ausgehängt werden. Besondere Vergünstigungen werden den Arbeiterinnen gewährt. Gaben sie ein Hauswesen zu besorgen, so müssen sie so früh von der Arbeit entlassen werden, daß sie eine Stunde vor der Hauptmahlzeit in ihrer häuslichkeit anwesend sind. In den Tagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten müssen sie von der Arbeit befreit werden. Die Wohnungen sollen in stichlicher und gesundheitlicher Beziehung einwandfrei und für Verheiratete unter Berücksichtigung der Kinderzahl und der Geschlechter ausreichend sein. Die Wohnungen der ledigen Arbeiter sollen heizbar, verschleißbar und mindestens mit Bett, Tisch, Stuhl, verschließbarem Schrank und Waschlöschen ausgestattet sein. Mehrere Paragraphen behandeln auch die vorzeitige Auflösung des Dienstvertrages. In Streitfällen entscheidet der Schlichtungsausschuß. Renten irgendwelcher Art, insbesondere Kriegsschadigten- und Hinterbliebenenrenten, dürfen auf den Lohn nicht angerechnet werden.

Literarisches.

„Die neue Erziehung.“ Sozialistische pädagogische Zeitschrift. Herausgeber Dr. M. G. Baege, Unterrichtssekretär im preussischen Kultusministerium. Durch die Post vierteljährlich M 5 und Bestellgebühr. Direkt unter Kreuzband M 5,50. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstraße 9.

Nach der Befestigung des alten moechen... ist eine neue Gemeinschaft aufgebaut worden, die Grundlage das Bewußtsein von der Solidarität aller ist. Dieser Aufbau ist schwer. Denn nach der Überwindung der Kräfte, die an diesem Werk mitgearbeitet haben, sind Menschen, die selbst im neuen Weltanschauung und ihn praktisch zu verwirklichen verstehen. Die wichtigsten Aufgaben ist also, die Augen für das Große zu begeistern und sie im neuen Sinne zu erziehen. Dann ist das neue Reich und die ungeheure Fortschrittswahrheit gesichert. Damit unsere Selbsterne einer neuen Jugend werden können, müssen sie zuerst einmal mit dem neuen Geist erfüllt werden. Die Jugend will die neue Zeitschrift dienen. „Die neue Erziehung“ steht auf dem Boden der modernen Wissenschaft wie auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus. Durch die Revolution politisch geschaffen wurde, soll sie geistig und geistig vertieft und die Sehner zum sozialistischen Denken und Handeln erziehen. Diese sozialistische Einwirkung ist nicht als eine parteipolitische, sondern eine einer Weltanschauung aufzufassen. Es ist beabsichtigt, alle Gebiete der Pädagogik sowie alle ihre Grenzgebiete in Wissenschaften zu behandeln. Besondere Wert dabei auf die bislang häufig vernachlässigte soziologische Seite der pädagogischen Probleme gelegt. Alle Fragen der Erziehung von der Kindererziehung an bis zur letzten Stufe der Hochschule, von den Anstalten und Pflanzschulen bis zu den freien wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften sollen betrachtet werden; denn sie gehören alle zusammen, wenn die ganze Volkserziehung zu einem neuen organischen Aufbau gelangen soll.

„Die Glocke.“ Sozialistische Wochenzeitung, herausgegeben von Barbus. „Die Glocke“ kann direkt durch die Post oder durch eine Buchhandlung bezogen werden. Vierteljährlich M 6. Einzelhefte 50 Pf., Porto 5 Pf. Verlagsanstalt für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114.

Soeben erschien: Th. v. Wächter's „Sonntagblätter für freien Gedankenaustausch“. Die erste Nummer enthält unter anderem: Die kulturgeschichtliche Notwendigkeit der Weltkriege und Klassenkämpfe bis zum Siege des Sozialismus. Kann ein ernster Christ unserer wirtschaftlichen und politischen Staatsumwälzung zustimmen? — Ist es wahr, daß die Sozialisten eine Herrschaft der Arbeiterklasse einführen und das Privateigentum abschaffen wollen? — Richard Wagner Symphonie auf die soziale Revolution. Probenummern gratis von Th. v. Wächter, Schorndorf (Württemberg).

Sterbetafel.

Letzta. Am 10. Februar starb unser langjähriges, treues Mitglied Reinhold Wenzel im Alter von 62 Jahren an der Grippe.
Wains. Am 10. Februar starb unser Mitglied Johann Ugt, Bildhauer, im Alter von 46 Jahren. Er war noch nachträglich einer im Kriege zugezogenen Krankheit zum Opfer.
Wilhelmshaven. Am 7. Februar starb nach längerer Krankheit unser langjähriges, treues Mitglied Josef Schwarz im Alter von 87 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Die bis zum 15. Februar gemeldeten neugewählten Mitglieder der Filialverwaltungen werden hierdurch bestätigt. Eine besondere Benachrichtigung im Einzelfalle erfolgt nicht.
Der Verbandsvorstand.

Vom 2. bis 8. März ist die 10. Beitragswoche.

Malergeschäft

in Hamburg
mit Friedensmaterial und Geräten zu verkaufen. Offerten unter 28 F. an die Expedition dieses Blattes.

Lehrbücher ersten Ranges

mit vielen Abbildungen.
Der Dekorations- und Studienmaler A. 7. Die Holz- u. Wagnerelemente 21,25. Mod. Monogramme 6,25. Technik der Dekorationsmalerei 2,70. Einfache Strichschriften 10,70. Vorlagen für Strichschreiber 12. Mod. Strichschriften 6,25. Mod. Blätter und Plakate 12. Praktische Vorschriften für Maler, Zähler u. Studienmaler 7,25. Harmonie der Farben 8. Zeichenschule 6,50. Der Handwerker als Kaufmann 7,25. Lohnberechnung 2. Rechenbeleg 3,25. Gegenwärtige L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin E 40, Drebbauer Straße 50.

Suchender Arbeiterwerb
für redegewandte Genossen und Genossinnen durch Empfehlung einer sozialistischen Wochenzeitung. Näheres durch
„Freies Deutschland“
Verlagsgesellschaft m. b. H.
Hannover, Heinrichstr. 34.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 7 des „Correspondenzblattes“ bei.

Hamburgischer Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 10

Das Blatt erscheint jeden Samstag.
Abonnementspreis für 1 Jahr 10 Mark.
Kontingent und Expedition: Hamburg 23,
Glocken-Graben-Str. 1. Fernr. 5, 2146.

Hamburg, den 8. März 1919

Anzeigen werden die Hauptredaktion
Kontingentpreis über deren Raum 50 Pfg. Der
Ertrag ist stets vorher einzufordern.
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

33. Jahrg.

Sozialisierung der Betriebe.

Die November-Revolution in Deutschland war zunächst eine militärische Umwälzung und sprang dann auf das politische Gebiet über, wo sie die Throne der bisherigen Herrscher umstürzte und der Demokratie die Bahn freimachte. Die Veränderungen, die sich auf diesen beiden Gebieten vollzogen haben, fallen auch dem oberflächlichsten Beobachter in die Augen, und Freunde und Gegner der revolutionären Bewegung sind sich darin einig, daß das alte System gestürzt und daß ein neues System eingeführt werden ist. Auseinandergehen sie dagegen in ihren Wünschen für die Zukunft, die einen sehnen sich nach der Wiederherstellung der alten, beseitigten Zustände, die andern sind gewillt, die Demokratisierung in Staat und Gemeinde noch viel gründlicher durchzuführen, als dies bislang geschehen konnte, und den alten Unrat der Bevormundung und Entwürdigung der Massen mit eisernem Besen auszufegen und mit dem Schutt der Vergangenheit endgültig aufzuräumen.

Neben der Umwälzung auf politischem und politischem Gebiete erstreckt der demokratische Sozialismus auch eine Umgestaltung unserer wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wobei er sich der Tatsache bewußt ist, daß sich diese Umgestaltung, wenn sie von Dauer sein und zum Heile des gesamten deutschen Volkes ausschlagen soll, nur das Ergebnis einer intensiven, planmäßigen Organisationsarbeit sein kann, die nur geleistet werden kann von Menschen, die Begeisterung, Tatkraft und Laskraft mit Erfahrung, Sachkunde, Menschenkenntnis, Tatkraftsinn und Verantwortlichkeitsgefühl in jeder Person vereinigen. Vernünftige Sozialisten wissen auch, daß diese Arbeit Geduld und Zeit erfordert und daß die Ergebnisse nicht so sichtbar in die Erscheinung treten wie die militärischen und politischen Umwälzungen. Auch die Stürmer und Dränger werden allmählich lernen müssen, daß man nicht mit dem Kopfe durch die Wand gehen kann, weil unser wirtschaftliches und soziales Leben in sich selbst ein so kompliziertes soziales Gebilde ist, das nicht im Handumdrehen durch äußere Eingriffe umgestaltet werden kann, wenn nicht die Nachteile größer sein sollen als die Vorteile, das vielmehr nur durch innere Beeinflussung, durch Überwindung der inneren, uralten Widerstände, im Sinne des demokratischen Sozialismus von innen heraus neu geregelt werden kann, wobei nach oben hin die gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Lage als schweres Hindernis berücksichtigt werden muß. Immerhin ist eine Sozialisierung wichtiger Teile unseres Wirtschaftslebens notwendig und auch möglich.

Unter Sozialisierung verstehen wir die Umwandlung privatkapitalistischer Betriebe in Gemeinwirtschaftsbetriebe. Eine soziale Gemeinschaft: Staat, Gemeinde, Genossenschaft oder eine zu bildende Arbeitergenossenschaft, soll im Laufe der Zeit, wenn die Verhältnisse hierzu reif sind, die Betriebe übernehmen und zum Heile des gesamten Volkes weiterführen, damit allmählich die bisherige kapitalistische Erwerbswirtschaft in eine sozialistische Bedarfs- und Produktionswirtschaft verwandelt wird. Denn das ist das Ziel des Sozialismus, den Bedarf eines jeden Volksgenossen in ausreichendem Maße zu decken unter Ausschaltung privater Erwerbsgier und unter Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Diesem Ziele aber zu kommen und es schließlich ganz zu erreichen, ist die große Aufgabe einer sozialistisch organisierten Gesellschaft. Dabei soll der Staat alle jene Betriebe sozialisieren, die allgemeine Bedürfnisse decken, wie zum Beispiel die Bergwerke, die Ausnutzung der Naturkräfte usw.; die Gemeinden sollen Einrichtungen treffen zur Befriedigung besonderer Bedürfnisse (Versorgung der Bevölkerung mit Gas und Elektrizität und andern Lebensbedürfnissen); die Genossenschaften sollen die Herstellung und Verteilung der unentbehrlichen Lebensmittel in die Hand nehmen, und den Arbeitsgemeinschaften fällt die Aufgabe zu, vorbildliche Betriebe zu schaffen, die das Wohl der Beschäftigten fördern und zugleich dem All-

gemeinwohl dienen. Ein Hand-in-Hand-arbeiten und eine gegenseitige Unterstützung aller dieser sozialisierten Betriebe ist natürlich die Voraussetzung einer erfolgreichen Tätigkeit, da nur auf diese Weise die Erträge gesteigert und der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können.

Wie sich diese Sozialisierung im einzelnen vollziehen soll und welche Betriebe dafür geeignet sind, ist eine Frage der Praxis und der Praktiker, die nicht von theoretischen Voraussetzungen aus gelöst werden kann, sondern einer sorgfältigen Prüfung bedarf. Erfreulicherweise stellt auch der bedeutendste deutsche Theoretiker der Sozialdemokratie, Karl Kautsky, diesen Standpunkt, der sich früher die Entwicklung viel einfacher und schneller gedacht hat, wie aus seiner bekannten Broschüre: „Am Tage nach der Revolution“ hervorgeht, der aber nunmehr in dürren Worten erklärt, daß sich die Sozialisierung „nicht im Handumdrehen durchführen läßt, sondern nur schrittweise und nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse und Vorbereitung der Neuordnung“. Er steht auch in der Verstaatlichung der Produktionsmittel nicht das einzige Mittel der Sozialisierung, er warnt vielmehr vor der Zentralisierung durch eine zentralisierte Bürokratie und redet einer vernünftigen Dezentralisation unter selbständigen Leistungen das Wort. Damit ist dem Wahn, daß sich unser Wirtschaftsleben von einer Zentrale aus regeln und leiten ließe, wohl endgültig das vernichtende Urteil gesprochen.

Naturgemäß wird die Sozialisierung in der Industrie, zumal in der Großindustrie, ihren Anfang nehmen müssen. Vorstehende großindustrielle Betriebe sind zweifellos bereits heute reif für die Ueberführung in eine Gemeinwirtschaft, sie können schon heute, langsamer oder schneller, je nach Lage der Sache, in staatliche, gemeinliche oder genossenschaftliche Betriebe umgewandelt werden. Es wäre wünschenswert, wenn in irgendeiner Form mit der Sozialisierung baldigt begonnen würde, damit die Arbeitermassen wenigstens einmal den guten Willen der führenden Personen sehen und damit die Gegner der Sozialisierung erkennen, daß es den Sozialisten Ernst ist mit einer vernünftigen, friedlichen Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens. Vor einer Sozialisierung des handwerksmäßigen Kleinbetriebes sowie des Großhandels wird diese Bewegung einstweilen haltmachen müssen, weil hierzu die Vorbedingungen noch nicht gegeben sind, doch erscheint es schon heute dringend wünschenswert, daß die Gemeinden und die Verbraucherorganisationen die Versorgung der Stadtbewohner mit den notwendigsten Lebensmitteln auf dem Wege der Sozialisierung in die Hand nehmen. Hier liegt ein wahrer Notstand vor, dem durch eine Regelung der Lebensmittelbeschaffung und Lebensmittelverteilung abgeholfen werden muß. Es wird dies auch möglich sein, wenn nur der erste Wille und die erforderliche praktische Hand nicht fehlt. Das Gebiet der Landwirtschaft ist in dieser Hinsicht ein sehr heißes Feld, weil es hier darauf ankommt, die Erträge wesentlich zu steigern. Das wird wohl am besten und zweckmäßigsten dadurch geschehen, daß wir die großen Güter aufteilen und einen tüchtigen, leistungsfähigen Dauernstand schaffen, der die Vorzüge des landwirtschaftlichen Großbetriebes auf genossenschaftlichem Wege für sich nutzbar macht, gleichzeitig aber auch sich seiner sozialen Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit bewußt wird. Daß hier noch viel Arbeit zu leisten ist im Sinne des Sozialismus, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Immerhin muß mit dieser Arbeit begonnen werden, damit endlich einmal die auf eine Sozialisierung gesetzten übertriebenen Hoffnungen als Illusionen erkannt und gleichzeitig die daran geknüpften unbegründeten Befürchtungen beseitigt werden. Es ist vor allen Dingen notwendig, daß die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens als das erkannt wird, was sie in Wirklichkeit ist, als eine durch die Vernunft und die Gerechtigkeit gebotene und von der sozialen Entwicklung geforderte Maßregel, die dem deutschen Volke zum Heile gereichen

und unser deutsches Vaterland wieder gesund machen soll nach all dem Elend des Krieges und der Unvernunft des Kapitalismus. Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet, der Sozialismus muß die Führung übernehmen — das ist das dringende Gebot der Stunde.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Auf Veranlassung der französischen Gewerkschaftszentrale fand im Anschluß an die internationale sozialistische Konferenz in Bern eine internationale Gewerkschaftskonferenz in der Zeit vom 5. bis 9. Februar statt. Gewerkschaftsvertreter aus Frankreich, Schweiz, Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Ungarn, Böhmen, Schweden, Norwegen, Dänemark, Griechenland, Kanada, Großbritannien, Holland und der von der italienischen Landesorganisation im Laufe des Krieges abgespaltene Unione di Lavoro nahmen daran teil.

Die Konferenz war keine ordnungsgemäße Tagung des internationalen Gewerkschaftsbundes. Die an ihr teilnehmenden Vertreter waren mit Ausnahme der Schweizer, Franzosen und Italiener auf der internationalen Sozialistenkonferenz anwesend und waren beauftragt, an der internationalen Gewerkschaftskonferenz sich zu beteiligen, soweit diese nicht Organisationsfragen des internationalen Gewerkschaftsbundes zum Gegenstand ihrer Beratungen machte. In den Vorbesprechungen, die an den Tagen vor der Gewerkschaftskonferenz zwischen den Gewerkschaftsvertretern auf der Sozialistenkonferenz und den Vertretern des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes stattgefunden hatten, wurde allseitig zum Ausdruck gebracht, daß die Angelegenheiten des internationalen Gewerkschaftsbundes nur von diesem allein beraten und entschieden werden können. Dementsprechend wurde auch in der ersten Sitzung der Gewerkschaftskonferenz der Vorschlag der Franzosen, die Frage der Sicherlegung des Gewerkschaftsbundes zu beraten, abgelehnt. Die Konferenz setzte aber eine Kommission ein, die über die schleunige Durchführung einer neuen internationalen Gewerkschaftskonferenz, in der über die Wiedererrichtung einer aktionsfähigen internationalen beraten werden kann, eine Sitzung mit den französischen Delegierten suchen sollte. Das Ergebnis der Kommissionsberatungen wurde in einer von Grünwald, Wien, im Auftrag der Kommission verfaßten Resolution niedergelegt. Diese Resolution erklärt, daß der Bestand einer starken internationalen Gewerkschaftsbewegung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aller Länder sei und daß daher für die reichste endgültige Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Internationale eingetreten werden müsse. Die Resolution fand die einstimmige Annahme der Konferenz. Wie überhaupt am Schluß der Konferenz mitteilen konnte, hatten die inzwischen von ihm mit dem Führer der französischen Landesorganisation, Jouhaux, geführten Besprechungen ein Einverständnis dahin erzielt, daß die Konferenz des Gewerkschaftsbundes zum Anfang Mai einberufen werden solle.

Die wichtigere Arbeit der Konferenz betraf die Frage eines internationalen Arbeiterschulungsprogramms. Bisher lagen zwei solche vor: Das eine war von den Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Belgiens in einer Konferenz in Leeds 1916 beschlossen, das zweite ist das vom internationalen Gewerkschaftsbund im September 1917 in Bern angenommene Arbeiterschulungsprogramm. Die Unterschiede zwischen den beiden Programmen sind nicht erheblich, und die Gewerkschaftskonferenz machte es zu ihrer Aufgabe, die Differenzen auszugleichen, um zu einem einheitlichen Programm der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu kommen. Die wesentlichste Differenz bestand in der Frage der Freizügigkeit. Nachdem Jouhaux (Frankreich) erklärt hatte, daß die Franzosen mit ihrer Forderung des Rechts auf Arbeit auch nichts anderes wollen, als was die Deutschen unter dem Begriff der Freizügigkeit verstehen, war der Ausgleich auf der jetzigen Konferenz in Bern schnell herbeigeführt. Die Konferenz übernahm aus dem Programm des Gewerkschaftsbundes den Abschnitt über die Freizügigkeit, ebenso den über das Koalitionsrecht und die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen in allen Fragen des Arbeiterrechts. Ebenso wurde das Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern unter 15 Jahren dem Berner Programm entnommen; aber zugleich wurde die Forderung dahin ergänzt, daß die allgemeine Schulpflicht in allen Ländern durchzuführen sei mit dem Ziel, die allgemeine berufliche Bildung vorzubereiten; die höhere wissenschaftliche Bildung müsse allen zugänglich sein. Die Nachteile und Neigungen der jungen Leute dürfen durch ihre materiellen Existenzbedingungen nicht behindert werden.

Der Schutz der Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren wurde im wesentlichen dem Programm des Gewerkschaftsbundes gemäß gefordert. Die Delegation des englischen Gewerkschaftsbundes, die an der Konferenz teilnahm, ließ zu Protokoll erklären, daß sie jedoch nicht das Verbot der Beschäftigung von Jugendlichen in Bergwerken bei Arbeiten unter Tage aufheben könne, weil die englischen Bergarbeiter für die Kohlenhauer die rechtzeitige handwerkliche Erlernung dieses Berufes durchgeführt haben. Im übrigen stimmten auch die Engländer für den geforderten Schutz der Jugendlichen. Ebenfalls wurden die Forderungen über den Arbeiterschutz in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftsbundes akzeptiert. Eine von feministischem Geiste diktierte Deklaration der sozialistischen Frauen Schwedens gegen ein Verbot der Nachtarbeit der Frauen in Betrieben, wo Männer des Nachts arbeiten dürfen, wurde zur Kenntnis genommen, aber ohne weitere Beachtung gelassen.

Hinsichtlich der Forderung eines Maximalarbeitstages ging die Konferenz über die früheren Programme von Leeds und Bern hinaus, indem sie den sofortigen Übergang zum Achtstundentag oder zum Abspandigen Arbeitswoche forderte. Dieser Beschluß wurde damit motiviert, daß heute, nachdem der Achtstundentag durch die Revolution in einer Reihe von Ländern zur gesetzlichen Tatsache geworden ist und nachdem er in England auf gewerkschaftlichen Wege ebenfalls im wesentlichen durchgeführt wurde, keine von einem längeren Übergangsstadium nicht mehr gerechtfertigt werden; darüber bestand vollständige Einmütigkeit auf der Konferenz, ebenso in der Forderung des Verbots der Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf Nachtarbeit angewiesen sind. Ein englischer Antrag, dem Programm einzufügen, daß der freie Sonnabendnachmittag in allen Ländern anzustreben ist, fand einstimmige Annahme.

Die Forderungen des Gewerkschaftsbundes bezüglich einer zusammenhängenden Ruhepause von 90 Stunden wöchentlich wurden übernommen. Die Forderungen, betreffend Hygiene und Unfallverhütung, Heimindustrie, Sozialversicherung, Soziale, Gewerbeaufsicht usw. wurden ebenfalls übernommen. Darüber hinaus stellte die Konferenz die Forderung auf, daß in allen Arbeitsgebieten, in denen der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters oder einer Arbeiterin zu einer gesicherten Lebensführung nicht hinreicht und in denen der Abschluß von Lohnvereinbarungen durch Arbeiterverbände fast als unmöglich erweist, paritätisch zusammengesetzte Lohnräte zu errichten sind mit der Aufgabe, rechtsverbindliche Lohnsätze aufzustellen.

Eine Neugestaltung erfährt das Programm des Gewerkschaftsbundes hinsichtlich der weiteren Forderungen des internationalen Arbeiterschutzes. Die früheren Programme von Leeds und Bern verlangten die Einsetzung des Arbeiterschutzes der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz als internationale Zentralstelle für den Arbeiterschutz. Dagegen machten sich auf der jetzigen Konferenz in Bern Bedenken geltend. Man war der Auffassung, daß die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz nicht unter die Kontrolle der Regierungen gebracht werden dürfe, sondern eine freie Organisation für soziale Forschungsarbeiten bleiben müsse. Andererseits wurde von den Engländern und Franzosen, denen sich in der Kommission Jansson (Deutschland) anschloß, geltend gemacht, daß der internationale Arbeiterschutz in der Zukunft dem Einfluß der Bureaucratie nach Möglichkeit entzogen werden müsse. Das neue Berner Programm enthält dementsprechend die Forderung, daß die vertragschließenden Staaten eine ständige Kommission errichten sollen, die zu gleichen Teilen aus Vertretern des Völkerbundes und des internationalen Gewerkschaftsbundes bestehen soll. Diese Kommission soll die von den Vertragsmächten beschickten, alljährlich abzuhaltenden internationalen Arbeiterschutzkongresse vorbereiten und berufen. Die Hälfte der stimmberechtigten Teilnehmer an diesem Kongresse muß aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen, und die Kongresse sollen im Rahmen der ihnen zugewiesenen Kompetenzen bindende Beschlüsse fassen können. Die ständige Kommission wiederum soll in dauerndem Zusammenwirken mit dem internationalen Arbeiterrat in Basel und dem internationalen Gewerkschaftsbund bleiben.

Das solchermaßen umgearbeitete internationale Arbeiterschutzprogramm der Gewerkschaften wurde auf der Konferenz von Jansson im Auftrage der Kommission begründet und fand nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme. Ein Referat zum gleichen Thema hatte Jouhaux (Frankreich) übernommen, der die in Nr. 8 des „B.-A.“ veröffentlichte Proklamation an die Arbeiter aller Länder vorlegte, welche von der Konferenz einstimmig angenommen wurde.

Einem Antrage der Franzosen gemäß nahm die Konferenz zur Frage des Völkerbundes Stellung. Die von Ruhe (Deutschland) im Auftrage der Kommission vertretene Resolution stellt sich auf den Boden eines Bundes der Völker, der Freiheit, Gerechtigkeit und die Beseitigung der Kriege bezweckt und alle wirtschaftlichen und politischen Trennungen der Völker beseitigt.

Eine zweite Resolution der französischen Delegierten wurde ebenfalls einstimmig angenommen; sie enthielt den Resolutionen, die in vielen Ländern die Throne stürzen und die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigten, den Grüz und der Konferenz. Die Konferenz ehrt das Andenken der Millionen Arbeiter, die in allen Ländern auf den Schlachtfeldern fielen als Opfer derjenigen, die die Gewalt der Waffen dem Rechte der Völker entgegensetzten.

Im Verlaufe der Konferenz richtete Jansson (Deutschland) an die Delegierten der englischen und französischen Gewerkschaften die Anfrage, welche Stellung sie einnehmen zu der Verhaftung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und zu der Aufrechterhaltung und Verschärfung der Blockade gegen Deutschland, durch welche Millionen deutscher Arbeiter zur Arbeitslosigkeit und zum Hunger

verurteilt werden. Jouhaux (Frankreich) gab hierauf die Erklärung ab, daß, trotzdem die Frage heikel sei, er doch erklären müsse, daß die französische Delegation in keinem Falle billige, daß ein siegreiches Land ein besiegtes Land dem Hunger aussetzen und die Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit verwenden. Unsere Sympathie gilt dem deutschen Volke ebenso wie allen Völkern. Das Glend des deutschen Volkes läßt uns nicht gleichgültig. Allein die Deportationen in Belgien und Nordfrankreich und die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen nach dem Frieden von Brest-Litowsk erschauern unser Vorgehen, das wir gegenüber unserer Regierung einschlagen wollen. Mit diesen Schwierigkeiten muß ganz besonders gerechnet werden angesichts der Bestürzungen in Belgien und Nordfrankreich. Ich wiederhole jedoch in bestimmter Weise, daß nach unserer Ansicht ein siegreiches Volk ein besiegtes Volk nicht zu Hunger und Zwangsarbeit verurteilen darf. Dies wollen wir ohne jede Zweideutigkeit erklären haben.“

Winnung (England) schloß sich dieser Erklärung an und bemerkte: „Die Ereignisse des Krieges haben im englischen Volke große Enttäuschung gegen das deutsche Volk hervorgerufen. Die englischen Gewerkschaften werden trotzdem alles tun, um die Deutschen nicht der Zwangsarbeit aussetzen und in den Hunger zu treiben. Die Revolution in Deutschland hat eine Wendung gebracht. Die englischen Gewerkschaften wollen heute einen baldigen Frieden der Versöhnung und werden in diesem Sinne tun, was ihnen möglich ist, können aber für die Aufrechterhaltung der Blockade keine Verantwortung übernehmen.“

Die deutsche Delegation erklärte darauf, daß sie eine andere Stellungnahme der Franzosen und Engländer nicht erwartet hätte; sie verwies insbesondere gegenüber den Franzosen auf das erfolgreiche Einschreiten der deutschen Gewerkschaften gegen die Deportationen. Es sei ihnen nicht nur gelungen, die Einstellung der Deportationen herbeizuführen, sondern sie haben auch großen Massen der Deportierten die Rückkehr in die Heimat ermöglicht. Auch hätten sie ihren ganzen Einfluß für die belgischen Arbeiter mit Erfolg eingesetzt.

Damit war auch diese Angelegenheit zu allgemeiner Zufriedenheit erledigt. Es darf festgestellt werden, daß auf dieser internationalen Gewerkschaftskonferenz, auf der zum erstenmal wieder die Gewerkschaftsvertreter von hiesigen und fremden Ländern waren, irgendwelche Unstimmigkeiten wesentlicher Art nicht zutage traten. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen lediglich die Formulierung des einen oder anderen Punktes in den Beschlüssen, die aber sämtlich einstimmig gefaßt werden konnten. Mit aller Bestimmtheit kann darauf gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsinternationale bei ihrer bald stattfindenden Tagung wieder neu und kraftvoll erstehen wird.

Jugend.

Bis zu den Tagen der Revolution fing der Mensch mit dem 25. Lebensjahre an, erwachsen zu sein. Vorher hatte er zu arbeiten und seine Steuern pünktlich zu zahlen, aber im übrigen mußte er sich passiv verhalten und alles über sich ergehen und an sich vorbeigehen lassen.

Wie konnte man die Jugend doch schlecht, daß man diese verlangte. Die Jugend, deren natürlicher Erbe es ist, aktiv zu handeln und anzugehen gegen alle Passivität, sie sollte Hirn und Herz und Hand, die von Lebensdrang strotzen, untätig sein lassen in so weiten Gebieten des Lebens. Niemand verstand die Jugend als die, die sie jetzt befreit hat aus den Ketten der Rechtlosigkeit, die Arbeiterschaft, und darum hat sie die Jugend in ihren Reihen auch stets gewertet als ihre hoffnungsvollsten Glieder.

Und es ist auch nur natürlich, daß die freie Gewerkschaftsbewegung in so hohem Maße die Jugend schätzte, diese Zukunft des Volkes; denn die Zukunft, eine große, helle Zukunft, haben wir ja in unserm Kampf als fernes Ziel. Ewige Jugend wollen wir bringen dem arbeitenden Volke, ob es alt ist oder jung. Froh wie die Jugend soll doch nach unserm Willen die Arbeit sein, lachend wie die Jugend das Arbeitsleben. Wie konnte die freie Gewerkschaftsbewegung da anders, als die Menschen, die diesen Zukunftsgeist bereits in ihren Herzen bargen, innig einzuschließen in ihr Streben zu jener lichten Zukunft der alljugendlichen Arbeitswelt.

Und darum ist und bleibt auch der Platz für alle, alle des werktätigen Volkes, die jung sind an Jahren oder jung sind im Herzen, in unserm Reiben. Bei uns können sie sich entfalten in ihrem Lebensdrang. Und so erfreulich und belebend ist dieser unser Kampf mit seinen immer steigenden Erfolgen zur sonnigen Zukunft hin, daß, wer in seinem tiefsten Innern mit unserm gewerkschaftlichen Ideal ver wachsen ist, in seinem Herzen ewig jung bleibt und daß er als Greis noch sagen kann: Auch jetzt noch vorwärts! So manchen Sonnenstrahl hast du bereits als Glied deines Verbandes hineingetragen in das Arbeitsleben deiner Schwestern, deiner Brüder, doch immer wieder leuchtet ein neues Morgenrot, das deinem schaffenden Volke gehören soll. Und darum: vorwärts; denn eine Luft war es stets ja, so zu leben, eine Luft ist es auch, so als Greis noch jung zu sein.

G. H.

Aus unserm Beruf.

München. Am Dienstag, 18. Februar, tagte im „Kolosseum“ eine vom Filialvorstand einberufene Maler-berufsammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Das Ergebnis der zentralen Verhandlungen in Berlin über die Einführung des Achtstundentages und die vorgeschlagene Umrechnung der Löhne. Referent: Bezirksleiter Kollege Fuß, Stuttgart; 2. Bericht von den örtlichen Verhandlungen über Stundenlohn und Neueinteilung der Arbeitszeit nach der Umrechnung. Referent: Geschäftsführer Kollege Paz. Die Versammlung beschloß, wegen der Wichtigkeit des zweiten Punktes diesen als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Kollege Paz erstattete sodann Bericht über die Verhandlungen, die mit den Arbeitgebern stattgefunden haben. Er führte aus, daß bei den Unternehmern keine Reigung vorhanden gewesen sei,

unsern gestellten Forderungen nachzukommen. Die Hauptfrage sei die Festlegung des Lohnes gewesen, doch sei die Forderung von 1,50 Stundenlohn runderhand abgelehnt und nur die Umrechnung des Lohnes in Frage gekommen. Unsere Forderung, die achtstündige Arbeitszeit aus 10 bis 12 Wintermonaten beizubehalten, ließ auf entschiedenen Widerstand. Erst durch mehrmaliges Bemühen sei es möglich geworden, einer Vereinbarung zugestimmen, die Kollege Paz den Anwesenden unterbreitet und zur Annahme vorschlug. In der Diskussion herrschte stummig der Wille, diese Zugeständnisse der Arbeitgeber nicht anzunehmen. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, erneut mit den Arbeitgebern in Verhandlungen einzutreten und einen weiteren Verzögerungszusatz von 10 bis 12 die Stunde zu dem bestehenden jetzigen Stundenlohn zu fordern. Die Kollegen waren sich darüber einig, daß bei der augenblicklichen teuren Lebenshaltung ihre Forderung gerechtfertigt erscheint, um so mehr, da ungelernete Arbeiter des Baugewerbes höhere Stundenlöhne haben als wir in unserm Berufe. Die Stimmung der Kollegen zeigte, daß es ihnen Ernst ist mit ihren Forderungen, und daß sie bei gegebener Zeit es verstehen werden, ihr Recht nachdrücklich zu fordern. Kollege Fuß berichtete sodann über den zweiten Punkt der Tagesordnung. Er mußte eingestehen, daß bei diesen Verhandlungen es sich gezeigt hätte, daß im Westteil Bayern mit dem rückständigsten Unternehmertum zu rechnen sei. Der Vertreter der Arbeitgeber, der Zentrumsbürogeordnete der deutschen Nationalversammlung Herr Jrl, hätte sogar den Achtstundentag als eine Verordnung geltend gemacht, die nur auf dem Papier stünde. Der bei den Verhandlungen zugegen gewesene Regierungsvertreter sah sich genötigt, dieser Auffassung eines „Wohlfahrterers“ entgegenzutreten mit der Bemerkung, daß doch durch Gesetz der Achtstundentag gesichert sei. Der Müßständigkeit der bayerischen Arbeitgeber kann nur eine starke Organisation die Spitze bieten. Kollege Fuß streifte sodann noch die Arbeitsnachweise- und Beschäftigungsfrage, die auch dringend der Regelung bedürften. Er schloß mit einem Appell an die Kollegen, alles einzusehen, die Organisation zu stärken und für Aufklärung der Schwankenden zu sorgen. Der Beifall zeigte davon, daß die Münchner Kollegen bestrebt sind, alles aufzubringen, den letzten unorganisierten Kollegen der Organisation zuzuführen, und daß sie vor der Sicherung der ihnen zustehenden Rechte nicht zurücktreten.

Münster i. W. Am Sonnabend, 22. Februar, fand im „Löwenzeller“, Breitagasse, eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Maler und Anstreicher statt, in der Kollege Geirich, Hamburg, als Vertreter des Zentralvorstandes über Zweck und Ziele des Verbandes in gegenwärtiger Zeit sprach. In dem anderthalbstündigen Referat ging Redner auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Abschluß von Tarifverträgen im Maler- und Anstreichergewerbe in allgemein verständlicher Weise ein und forderte die noch nicht organisierten Berufscollegen zum Beitritt in den Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder auf. In der Aussprache pflichteten alle Redner den Ausführungen des Referenten bei, und die Versammlung hatte von Erfolg, daß die während des Krieges ausblandergeriffene Filiale Münster mit 21 Mitgliedern neu konstituiert wurde. Eine Kommission von 8 Mitgliedern wurde noch gewählt, die zwecks Einführung des Achtstundentages und Festlegung der Arbeitszeit mit den Arbeitgebern unterhandeln und der nächsten Versammlung, die auf dem 1. März festgesetzt wurde, Bericht erstatten soll. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Unternehmerkreisen.

Gegen die Flammacher im Handwerk wendet sich mit guten Gründen die „Allgemeine Lapezierzeitung“ vom 1. Februar dieses Jahres. Wenn auch nicht zu verkennen sei, daß die jetzigen politischen Wirren genügend Stoff zur Flammachererei abgeben, so sei es doch nicht angebracht, sie aufzuheizen oder zu unterstüßen. Nur der geminnliche im wirtschaftlichen Kampfe die Oberhand, der am rührigsten sei. Was wir in der letzten Zeit erlebt haben und noch erleben müssen, seien eben die Begleiterscheinungen eines verlorenen Krieges. Andere Länder hätten auch schon Kriege verloren und seien trotzdem nicht untergegangen, im Gegenteil: bald nach dem Friedensschlusse habe bei ihnen ein starker volkswirtschaftlicher Aufschwung wieder eingesetzt. Auch bei uns müsse in kurzer Zeit dieser Aufschwung eintreten. Wer Gelegenheit habe, einen Einblick in den Haushalt der breiten Massen zu nehmen, müsse feststellen, wie es uns geradezu an allem fehle. Wenn wir erst die nötigen Rohstoffe wieder haben, müsse eine gewaltige Nachfrage eintreten. Das gleiche sei bei den Feinden der Fall. An der starken Kaufkraft fehle es im deutschen Volke nicht. Löhne und Gehälter würden bestimmt nicht viel niedriger sinken. Zwar hätten wir in der letzten Zeit hier und da von extremen Lohnforderungen hören müssen, jedoch seien das nur Sondererscheinungen, wie sie der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft mit sich bringe. Mit den Lohngrenzen von 1914 natürlich sei nicht mehr zu rechnen. Dies schon deshalb nicht, weil von den Sinnahmen ein sehr erheblicher Prozentsatz für Steuern aufgebracht werden müsse. Die natürliche Folge werde sein, daß das Tempo der Preisbildung die gleichen Fortschritte mache und selbstverständlich gegen die frühere Friedenszeit auch in Rohstoffpreisen. Im weiteren wird ausgeführt, wie auch die Handel treibenden Kreise des Auslandes das dringende Bedürfnis hätten, sobald als möglich mit Deutschland wieder in friedlichen Wirtschaftsverkehr zu treten. Demnach habe es das Handwerk nicht nötig, Trübsal zu blasen. Komme erst unsere Industrie in den Aufschwung, so folge naturgemäß das Handwerk nach. Lasse sich über das Wohl und Wehe unserer Volkswirtschaft auch erst später näheres feststellen, sei die Lage jedenfalls doch nicht so verzagt die Flinte ins Korn zu werfen. Nur müsse jetzt mit allen Kräften danach gestrebt werden, zu arbeiten. Niemand dürfe für die Übergangszeit müßig verharren; jeder müsse auf seinem Platze sein. Wer erst abwarten wolle, zu arbeiten, bis die nötigen Rohstoffe vorhanden seien, der werde am schlechtesten abschneiden; denn staatlicherseits dürfte er

als Unternehmer bei Aufträgen und Vergütungen... mehr anerkannt werden. Jeder Meister müsse...

Gewerkschaftliches.

Verbandsstage. Der Deutsche Transportarbeiterverband... seinen 10. Verbandstag auf den 22. Juni dieses...

Der Zentralvorstand des Völkler hielt mit den Gau... eine Konferenz ab. Nach einem Referat des Vor...

Aussieg der deutschen Gewerkschaften. Woche für... Woche können viele deutsche Gewerkschaftsverbände...

Die deutschen Gewerkschaften im dritten Viertel... 1918. Von den während der Kriegszeit seitens...

45 688 Mitgliedern ein. Gegenüber dem Stande vor dem... Kriege ist noch ein Verlust von 1 103 133 Mitgliedern...

Ueber die Höhe der Erwerbslosenunterstützung in... verschiedenen Städten veröffentlicht. Die wirtschaftliche...

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Zur Hebung der Volksgesundheit. Ein Reichsamt... für allgemeine Volksgesundheit fordern drei große...

Arbeitergesundheit und Arbeitsraum. Der Assistent... am Hygienischen Institut der Universität München, Dr. H...

Sozialpolitisches.

Wo macht der Entlassene seine Ansprüche geltend?... Die Redaktionen der Zeitungen und die Arbeiterssekretariate...

Bei ordnungsmäßiger Entlassung hat stets die... entlassende Dienststelle zu bezahlen. Das Marschgeld ist...

Bei behelfsmäßiger Entlassung zahlt die militärische... Dienststelle zunächst das Marschgeld und macht...

Mannschaften, die vom Truppenteil unmittelbar... entlassen werden und die aus irgendwelchen Gründen das...

Eine Anzahl Mannschaften haben bei der Entlassung... noch Ansprüche zu stellen, die bereits einige Zeit jurid...

Siedlungswesen und Internationalisierung. Das... Reichsamt ist zurzeit mit zwei wichtigen Fragen be...

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen bei den Arbeits... nachweisen der größeren Städte Deutschlands beträgt...

Wie der Krieg die Lebenshaltung verändert hat... zeigt eine in Nr. 31 der „Wirtschaftlichen Demobilisierung“...

Genossenschaftliches.

Die Belieferung der Konsumvereine mit Waren... und die Einzahlung ihrer Großverkaufsgesellschaft in...

vereinsmitgliedern wieder die Möglich-
keit gegeben, ihre Waren aus dem eigenen
Geschäft zu beziehen, was vorher vielfach nicht
möglich war. Es gibt damit auch keine Ausrede mehr,
dass irgendwelche Waren im Verein nicht zu erhalten seien;
jezt liegt es lediglich an den Mitgliedern, ob sie gesell-
schaftliche Treue üben, ob sie ihren Bedarf bei sich selbst
decken wollen oder nicht. Auch Mitglieder, die nicht in dem
betreffenden Kommunalverband wohnen, müssen bestrebt
werden. -- Bezüglich der Großverkaufsgesellschaften ist an-
geordnet, daß die Bezirkszentralen die Großverkaufsgesell-
schaften beziehungsweise deren für den Bezirk zu be-
nennende Vertreter als Gesellschafter hinzuzuziehen müssen,
und daß das Bezugsstellenkonto nach dem Dortmund-
Muster eingeführt wird. Das bedeutet, daß die Konsum-
vereine ihre Bezugsstellen der Großverkaufsgesellschaft
beziehungsweise deren Vertretung einreichen, die sie wieder
der betreffenden Bezirkszentrale zuführen. Diese beliefert
nach Maßgabe der Bezugsstellen die Großverkaufsgesell-
schaft, die die Waren dann den Vereinen zuteilt. Durch-
geführt werden soll dieses bei Zucker und Kaffee-Ersatz-
mitteln bereits bewährte Verfahren zunächst bei Nahrung-
smitteln (Getreide, Getreidemehl, Getreidemehl, Teigwaren
und dergleichen), Brotbackmitteln (insbesondere Mar-
melade), Süßholzwurzel, Sauerkraut. Bei Mehl, Butter und
Margarine gilt, weil die Einschaltung nur innerhalb des
Kommunalverbandes möglich ist, daß die Großverkaufsgesell-
schaft falls schlechter gestellt werden darf als
der übrige Großhandel. -- Damit ist in der Hauptsache
die Zurückführung der Konsumvereine beseitigt und der
normale und gerechte Zustand wieder herbeigeführt. Sache
der Verbraucher ist es nunmehr, ihre Rechte gebührend
anzuerkennen.

Dom Ausland.

Der Jahresbericht unseres Schweizer Bruder-
verbandes für 1918 weist einen recht erfreulichen Anstieg
auf. Die fortgesetzte Verteuerung des gesamten Lebens-
unterhalts hat für manchen Kollegen die Augen geöffnet
und ihn den Weg zu seiner Berufsorganisation finden
lassen. Und so steht heute unser Bruderverband wieder so
gestärkt da, wie vor dem Kriegsausbruch, ja, nominell
hat er seinen damaligen Mitgliederbestand bedeutend über-
holt. In Neuaufräumen verzeichnet der Bericht 1917
gegen 558 im Jahre 1917. Am Schlusse des 4. Quartals
1918 betrug der Stand der Vollmitglieder 2157; im
1. Quartal 1919 war er auf 688 herabgesunken. 19 Jah-
restellen wurden neu errichtet, 3 sind wieder eingegangen,
so daß sich am Jahreschluss ein Bestand von 45 Stellen
ergibt. Tarife sind im Berichtsjahre abgeschloffen worden
in Basel (Maler und Gipfer), Bern, Vevey, Biel,
Dabos, Freiburg, Olten (Gipfer), Grenchen, Gerolten,
Lansanne, La Chaux-de-Fonds, Nostal, Lugano, Locarno,
Neuchâtel, Neuchâtel, Olten, Solothurn, St. Gallen
(Maler und Gipfer), Schaffhausen (Maler und Gipfer),
Winterthur (Maler und Gipfer), Yverdon, Zug und Zürich
(Maler und Gipfer). Insgesamt bestehen 85 Tarife und
Vereinbarungen, die mit wenig Ausnahmen in diesem
Jahresablauf ablaufen. Solothurn, Olten und Grenchen
haben einen Kantonalarif. Die Lohnbewegungen erstick-
ten sich auf 55 Vertriebe mit 2085 Arbeitern, wovon 2438
organisiert waren. Die Löhne erhöhten sich im Durch-
schnitt von 85 Rappen auf 118; der Höchstlohn beträgt
142, der niedrigste 85 Rappen bei Malern, bei den Gipfern
erhöhte sich der Stundenlohn im Durchschnitt von 97 auf
130 Rappen. Zusammengefasst beträgt die durchschnitt-
liche Lohnerhöhung einschließlich Teuerungszulagen
fr. 19.25 pro Mann und Woche gegen fr. 4.80 im Vor-
jahr. Den freien Samstagnachmittag haben tariflich ein-
geführt: Basel, Bern, Biel, Burgdorf, Gerolten, Lenggen-
hal, Neuchâtel, Neuchâtel, St. Gallen, Schaffhausen,
Winterthur und Zürich. Geht man in Zürich die
Maler 21 Tage, in Lugano 16 Tage, in Lansanne 6 Tage
und in Neuchâtel 5 Tage. Die Kosten der Hauptkasse hier-
für belaufen sich auf fr. 15521. Die Lage des Arbeits-
marktes war gegenüber den beiden Vorjahren bedeutend
besser, besonders die Privatarbeit, wie Umbauten usw.,
gab den Verhältnissen entsprechend, viel Beschäftigung.
Das Jahr 1919 wird an unserer schweizerische Kollegen-
schaft große Anforderungen stellen. Daher gilt für sie vor
allem die ernste Mahnung, die Erzeugnisse des Jah-
res 1918 zu befestigen. Jeder einzelne möge sich geloben,
in treuer Kameradschaft und Solidarität an Ausbau der
Organisation und Bessergestaltung der Berufsverhältnisse
weiter zu wirken. Reizt die Wandermütigen, die noch In-
differenzen mit! Kämpft im Bewusstsein der Unterstützung
der andern Berufsgruppen für die Erreichung des Acht-
stundentages, für die Verwirklichung der sozialen Zu-
kunftziele!

Malerbetriebsgenossenschaft c. m. b. h., Stuttgart.

Bilanz auf den 31. Dezember 1918.

Der Kasse am 1. Januar 1919	45,-	An Mitgliederzahl 1919	3800,-
- Postkonto	53,66	- Gattentarsierfonds	5600,-
- Sparkasse	30645,26	- Allgemeiner Referendons	2820,81
- Material	1,-	- Spezialreferendons	6903,26
- Inventar	1,-	- Unterstützungsfonds	250,-
- Verschulden	282,76	- Gewinn	5545,61
	37228,68		12728,68

Mitgliederbewegung.

Mitgliederbestand am 31. Dechr. 1917	28
Eingetreten 1918	29
Ausgetreten 1918	1
Mitgliederbestand am 31. Dechr. 1918	27
Die Gesamtsumme der Genossen betrug am 31. Dezember 1918	3600,-
Diese hat sich erhöht um	600,-
Die Mitgliederzahlen betragen am 31. Dezember 1919	3600,-
Diese haben sich vermehrt um	600,-

Gewinnverteilung.

Allgemeiner Referendons	1109,12
Spezialreferendons	4256,49
31. Dividende auf die ge- zeichneten Anteile	180,-
	5545,61

Der Vorstand: Max Fischer, Neusfeldt. Für den Aufsichtsrat: Karl Köhler.

Arbeit.

Arbeit! Arbeit! Lebensquelle,
heil und Ehre deiner Kraft,
die aus Finsternis die helle,
edles aus Gemeinem schafft!
Arbeit ist das Zauberwort,
Arbeit ist des Glaubens Seele,
Arbeit ist des Friedens Hort!
Nur die Arbeit kann ertreten!
Nur die Arbeit sprengt die Ketten.
Arbeit macht die Völker frei.

Heinrich Seidel.

Literarisches.

„Sozialistische Monatshefte.“ Redigiert von Josef
Bloch. Alle 14 Tage erscheint ein Heft. Geschäftsstelle:
Berlin W, Potsdamerstr. 121 H. Abonnement vierteljährlich
durch Post oder Buchhandlung M. 5.40. Einzelheft 90 Pf.
Das soeben erschienene Heft (9 und 8 1919) hat folgenden
Inhalt: Wally Jeyler: Zur deutschen Nationalversammlung.
Dr. W. Quard: Revolution und Reichsgliederung. Max
Cohen: Der Weg der Außenpolitik für das neue Deutschland.
Walter Dehne: Die Bilanz der deutschen Orientpolitik, ein
Ergebnis der deutschen Allgemeinpolitik. Max Schippel:
Havelock Wilson und der Schiffahrtskongress. Theodor
Thomas: Wohin führt der Weg? Dr. Georg Platon: Die
deutsche Sozialpolitik seit der Revolution. Simon Ragen-
stein: Wahlbetrachtungen. Rundschau.

Meyer, Heinrich: „Dem Rechte, das mit uns
geboren ist.“ — Das Recht auf Erbsenz, Das freie Volk,
Das Weltbürgerrecht. Leipzig 1919, Kommissionsverlag
F. G. Fischer. 40 S. M. 1,50.

„Technik für Alle — Technik und Industrie.“ Monats-
hefte für Elektrotechnik, Bau- und Maschinentechnik usw.
Jahrgang 1918/19, Hefte 9 und 10. Halbjährlich M. 2,80.
Französische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Ueber die
Entstehung der deutschen Kalligraphie veröffentlicht
Fabrikdirektor W. Hiltner in dem uns vorliegenden
Heft 9 dieser trefflichen Zeitschrift einen sehr beachtenswerten
Aufsatz. Dem Kalligraphen und unserer gesamten deutschen
Kalligraphie kommt ja eine große wirtschaftliche Bedeutung
zu. Es ist daher um so mehr zu begrüßen, daß die Schrift-
leitung von „Technik für Alle — Technik und Industrie“ ein
Heft ausschließlich der Kalligraphie gewidmet hat. Sämt-
liche Artikel — von hervorragenden Fachleuten geschrieben —
sind mit erläuternden Abbildungen versehen. Das Sonder-
heft ist auch für nicht regelmäßige Besteller der „Technik für
Alle“ zum Preise für M. 1,20 erhältlich. In dem uns gleich-
zeitig vorliegenden Heft 10 der Zeitschrift wird ebenfalls ein
sehr wichtiges Gebiet behandelt: Die deutsche Textil-
erzeugnisindustrie. Professor Dr. Hbbelohde,
der Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für Textil-
stoffe in Kasselruhe, hat den Aufsatz auf Grund seiner in der
Praxis gesammelten Erfahrungen geschrieben und mit
interessanten Abbildungen versehen. Eine weitere Arbeit:
Ingenieur P. Max Grempe schreibt eine ebenfalls sehr zeit-
gemäße Frage an. So bietet die „Technik für Alle —
Technik und Industrie“ nicht nur dem Techniker, sondern auch
dem Laien Einblicke in die letzteren sonst fremden, aber auch
für ihn wissenschaftlichen Gebiete.

Sterbetafel.

Berlin. Am 4. Februar starb der Kollege Christian
Krüger, geboren am 9. Mai 1864 in Parchim. — Am
21. Februar starb der Kollege Paul Riedel, geboren
am 14. Mai 1869 in Berlin.

Hamburg. Am 17. Februar starb unser Mitglied Carl
Schuster im Alter von 51 Jahren. — Auch starben
die Mitglieder Willy Scharnweber, 80 Jahre
alt, und Alfred Lange, 83 Jahre alt.

München. Unser langjähriges Mitglied Paul Domrose,
der erst Ende Dezember vom Militär entlassen wurde,
ist an Lungenerkrankung gestorben.
Ehre ihrem Andenken!

Vom 9. bis 15. März ist die 10. Beitragswoche.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 8 des
„Correspondenzblattes“ bei.

Bekämpfung der Bleibergiftung im Maler- u. Anstreichergewerbe

Ausgabe aus den vom internationalen
Arbeitsamt mit Preisen bedachten Arbeiten
und Erhebungen, betr. die Durchführung
des Bleibergiftgesetzes.

Erhalten im Selbstverlag des Ver-
bandes. Ladenpreis der Broschüre 1.1.
Mitglieder erhalten Vorzugspreis.

Das Malergewerbe

Die Berufs- und sozialen Verhältnisse,
Gesundheitsgefährden und Gesundheits-
schutz der Arbeiter des Malergewerbes.

Aus Anlaß der internationalen Bau-
schauausstellung in Leipzig 1913 wurde obiges
Thema vom Vorstand des Verbandes be-
handelt und in Broschürenform heraus-
gegeben.

Selbstverlag des Verbandes. Laden-
preis der Broschüre 2.2. Mitglieder er-
halten Vorzugspreis.



Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Reuber, Karl, Mitglied der Filiale Würzburg, geb. 1.4.84 zu Oberdürbach, seit 27.7.08 im Verband.
- Berger, Paul, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 29.10.86 zu Gainsberg, seit 21.6.14 im Verband.
- Dorn, Philipp, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 10.12.85 zu Ostersheim, seit 26.4.14 im Verband.
- Frenten, Fritz, Mitglied der Filiale Nowawes, geb. 17.5.88 zu Reichenbach, seit 5.11.10 im Verband.
- Führmann, Max, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 9.10.86 zu Neusenpitz, seit 10.5.08 im Verband.
- Glattfelder, Albert, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 8.5.89 zu Kaspitz, seit 26.11.04 im Verband.
- Gausen, August, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 28.8.79 zu Gufum, seit 1.1.08 im Verband.
- Gaub, Philipp, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 11.11.97 zu Oberhchstadt, seit 18.5.15 im Verb.
- Geisel, Friedrich, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 12.8.87 zu Bunsau, seit 20.7.08 im Verband.
- Göhner, Kurt, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 12.2.85 zu Wausen, seit 21.10.08 im Verband.
- Koßsch, Reinhold, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 18.1.89 zu Langebrück, seit 19.7.10 im Verband.
- Krause, Friedr., Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 17.10.81 zu Seimbolshausen, seit 17.8.08 im Verb.
- Küller, Heinrich, Mitglied der Filiale Schwaga, geb. 19.10.88 zu Reichenbach, seit 24.2.12 im Verb.
- Kunze, Heinrich, Mitglied der Filiale Wismar, geb. 10.10.90 zu Wismar, seit 8.7.10 im Verband.
- Kamm, Joh., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 2.7.89 zu Langenfelde, seit 30.9.04 im Verb.
- Kobahl, A., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 28.8.88 zu Baberleben, seit 7.11.10 im Verband.
- Marquardt, Ph., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 31.8.78 zu Haingrün, seit 16.5.14 im Verband.
- Messing, Ernst, Mitglied der Filiale Göttingen, geb. 10.8.83 zu Ohrbrun, seit 6.5.11 im Verband.
- Meinhardt, Otto, Mitglied der Filiale Nowawes, geb. 21.5.89 zu Nowawes, seit 7.8.08 im Verband.
- Nigrovanoff, August, Mitglied der Filiale Dortmund, geb. 28.2.82 zu Dortmund, seit 18.5.09 im Verband.
- Payer, Rudolf, Mitglied der Filiale Gera, geb. 18.11.80 zu Aluma, seit 4.8.08 im Verband.
- Peschel, Paul, Mitglied der Filiale Diegnitz, geb. 22.9.79 zu Breslau, seit 7.8.04 im Verband.
- Peusert, Albrecht, Mitglied der Filiale Gera, geb. 11.4.86 zu Gera, seit 11.9.09 im Verband.
- Rätsch, Adam, Mitglied der Filiale Stuttgart, geb. 6.4.88 zu Käberbrunn, seit 9.10.16 im Verband.
- Reitermann, Rich., Mitglied der Filiale Göttingen, geb. 4.2.85 zu Wölfis, seit 8.4.10 im Verband.
- Rohmann, Otto, Mitglied der Filiale Gera, geb. 1.11.91 zu Gera, seit 20.3.10 im Verband.
- Sabbert, Karl, Mitglied der Filiale Meile, geb. 1.5.94 zu Badum, seit 8.7.11 im Verband.
- Schille, Walter, Mitglied der Filiale Diegnitz, geb. 2.8.88 zu Diegnitz, seit 4.6.88 im Verband.
- Schmidt, Erich, Mitglied der Filiale Forst, geb. 22.9.90 zu Sorau, seit 12.9.08 im Verband.
- Schnabel, Fritz, Mitglied der Filiale Meile, geb. 28.5.80 zu Meile, seit 8.5.10 im Verband.
- Schröder, Bernhard, Mitglied der Filiale Kiel, geb. 11.6.82 zu Kiel, seit 21.4.11 im Verband.
- Schröder, Gustav, Mitglied der Filiale Diegnitz, geb. 8.9.89 zu Döberschau, seit 6.4.08 im Verband.
- Schüke, Richard, Mitglied der Filiale Diegnitz, geb. 8.6.71 zu Lübben, geb. 27.7.05 im Verband.
- Schulz, Paul, Mitglied der Filiale Gera, geb. 30.6.87 zu Gera, seit 2.4.11 im Verband.
- Sieberhagen, Joh., Mitglied der Filiale Schwaga, geb. 18.1.94 zu Reichenbach, seit 18.2.12 im Verb.
- Siebert, Bruno, Mitglied der Filiale Diegnitz, geb. 7.12.90 zu Diegnitz, seit 11.5.09 im Verband.
- Stapler, Heinrich, Mitglied der Filiale Meile, geb. 2.5.98 zu Badum, seit 25.5.13 im Verband.
- Starke, Otto, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 10.8.90 zu Blasewitz, seit 18.8.10 im Verband.
- Stirn, Friedrich, Mitglied der Filiale Stuttgart, geb. 21.12.88 zu Neckarwestheim, seit 20.4.12 im Verb.
- Stober, Hermann, Mitglied der Filiale Göttingen, geb. 10.8.97 zu Mülheim a. Th., seit 4.11.16 im Verb.
- Straußhüter, Emil, Mitglied der Filiale Herford, geb. 3.1.88 zu Herford, seit 1.10.08 im Verband.
- Thomas, Otto, Mitglied der Filiale Kiel, geb. 7.12.90 zu Kiel, seit 29.8.10 im Verband.
- Ufer, Albin, Mitglied der Filiale Chemnitz, geb. 22.9.90 zu Borsdorf, seit 29.8.18 im Verband.
- Uhrig, Jakob, Mitglied der Filiale Mannheim, geb. 30.1.97 zu Ostersheim, seit 18.5.14 im Verband.
- Umbreit, Otto, Mitglied der Filiale Göttingen, geb. 19.4.80 zu Wölfis, seit 22.4.06 im Verband.
- Uminauer, G., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 30.3.87 zu Friedenhausen, seit 10.12.11 im Verb.
- Veit, Gottlob, Mitglied der Filiale Stuttgart, geb. 22.8.94 zu Lippoldsmeyer, seit 22.10.14 im Verband.
- Vöhringer, Georg, Mitglied der Filiale Stuttgart, geb. 23.3.77 zu Bernloch, seit 4.4.09 im Verband.
- Vogelmann, Franz, Mitglied der Filiale Stuttgart, geb. 2.4.85 zu Nechberghausen, seit 15.4.10 im Verb.
- Vogler, Max, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 17.2.85 zu Ostitz, seit 1.11.08 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!